

Ein Wettrennen zur Müllkippe

Deutschland – eine intellektuelle Insel? Was hierzulande niemand wahrhaben will oder erkennt, wie auch eine RegJo-Umfrage in Südniedersachsen zeigt, wird jenseits der deutschen Grenzen umso intensiver als Problem diskutiert: die deutsche Mit-Verantwortung für die ursächlichen Probleme der Euro-Zone.

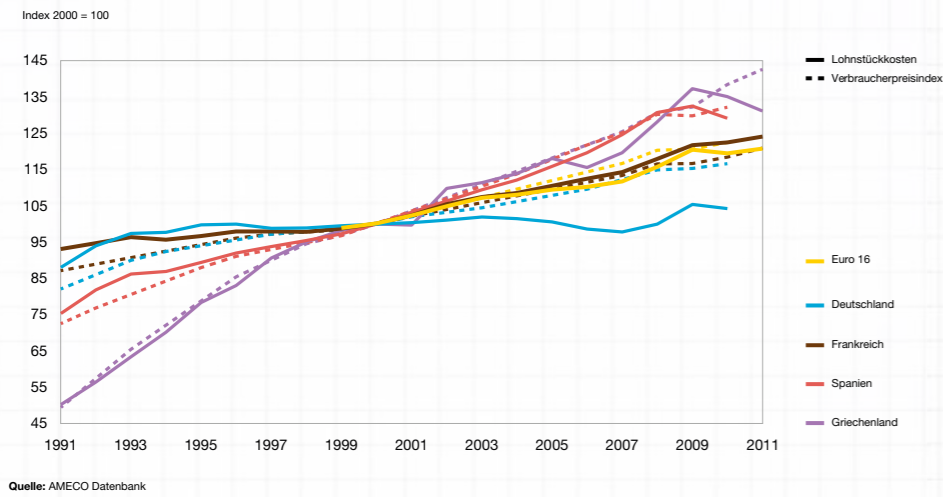


Text: Sven Grünewald

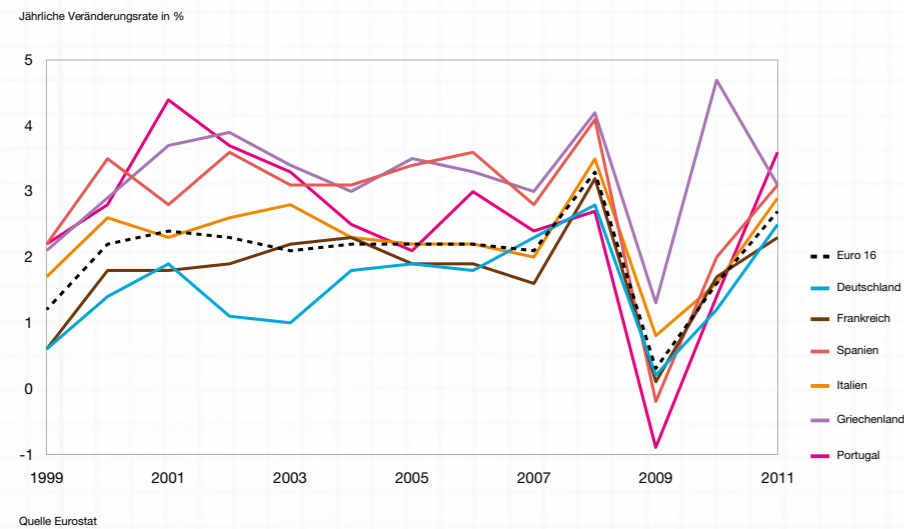
Im Wesentlichen hört man hier immer das Gleiche. Die Euro-Krise – daran sind ein paar Defizitländer Schuld, Südeuropa genannt. Deren Staatsschulden ufern aus, die Zinsen explodieren. Ein klares Weltbild, klare Verantwortliche; ein klares Rezept: Wer zu viel ausgibt, muss halt sparen. Die gute deutsche Hausfrauenmentalität. Doch bei näherer Betrachtung stellt man fest, dass die unterstellte Gleichung hohe Schulden gleich hohe Zinsen nicht aufgeht. USA, Deutschland, Japan – dort steigen wie in anderen Ländern die Schulden, doch die Zinsen sinken. Aber, man muss es immer wieder betonen, die Staatsschulden sind deswegen erheblich angestiegen, weil die massive Verschuldung von Privatinvestoren (Banken) übernommen wurde, die sich verspekuliert hatten – nicht aufgrund eines Staatsschlendrians. Dafür gibt es eine andere Schiefelage, die nicht nur Südeuropa, sondern auch Frankreich immer weiter in die Krise rutschen lässt: das Verschieben der Wettbewerbsfähigkeit im Korsett der Europäischen Währungsunion (EWU).

Mit der Währungsunion änderten sich die Spielregeln: Die teilnehmenden Länder mit ihren weiterhin nationalen Löhnen und nationalen Produktivitäten agierten fortan mit einer Währung gemeinsam gegenüber anderen Märkten. Damit gaben sie das Wechselkursventil der nationalen Währungen auf, mit dem Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit untereinander ausgeglichen werden konnten. Die Wechselkurse,

1 Korrelation von Lohnstückkosten und Verbraucherpreisen



2 Inflationsraten in der Euro-Zone

**Exkurs: Einhaltung des Inflationsziels**

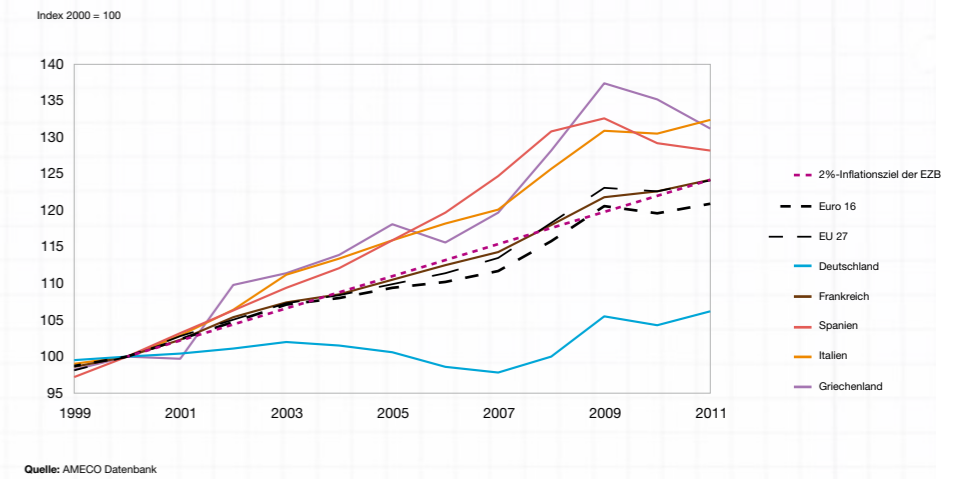
Das für alle EWU-Länder verbindliche 2%-Inflationsziel hätte im Grunde bedeutet, das Niveau der Wettbewerbsfähigkeit der EWU-Länder gleichsam auf einem Niveau einzufrieren und damit die interne Konkurrenz um Marktanteile zu beenden. Die Einhaltung des Ziels wurde allerdings nicht überwacht und bei Verstößen etwa mit Vertragsstrafen geahndet. Grund: Es wurde nie als notwendig erachtet, da nach vorherrschender Meinung die EZB direkt die Inflationsrate beeinflussen konnte und nicht etwa die Lohnpolitik dafür verantwortlich war. Allerdings gelang das höchstens im EWU-Durchschnitt (und auch dort nur indirekt durch die Zinsen), da die EZB keinen direkten Einfluss auf die jeweils nationale Situation hat – wie die auseinanderlaufenden Inflationsraten zeigen. Eine plausible Erklärung für diese Entwicklung seitens der EZB steht bis heute aus.

Dafür kann die EZB jedoch über die Zinspolitik direkten Einfluss auf Investition und damit Wachstum und Beschäftigung nehmen. Eine Aufgabe, die ihr allerdings nie gegeben wurde. Das zeigt sich an folgendem Beispiel: Hätte Deutschland sich an das 2%-Ziel gehalten, wäre die durchschnittliche Inflation in der Euro-Zone deutlich höher ausgefallen mit der absehbaren Folge, dass die EZB die Zinsen erhöht hätte, was wiederum das Wachstum deutlich reduziert hätte.

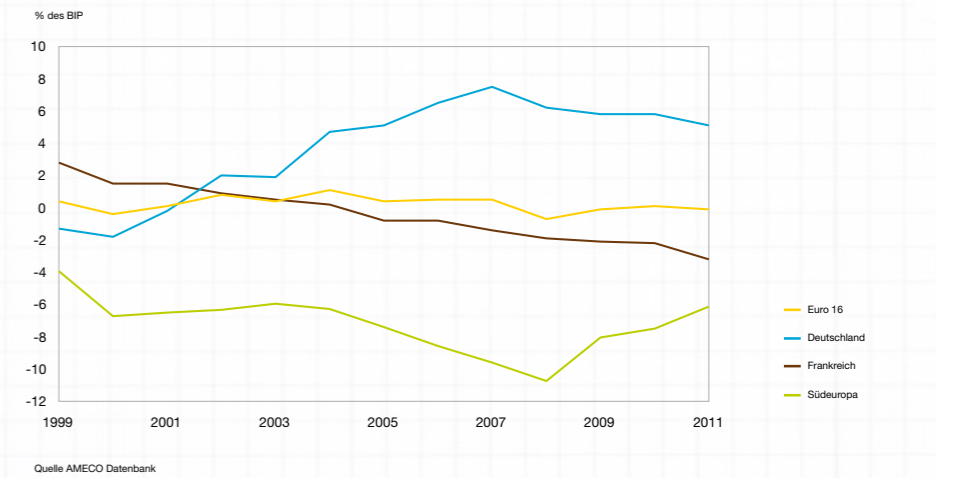
Exkurs: Wettbewerbsfähigkeit

Die eigentliche Chance durch den Euro war und ist, eine wachstumsorientierte Geldpolitik für einen viel größeren Kreis von Investoren machen zu können als im nationalen Rahmen und auf diese Weise viel größere Wachstumserfolge inklusive Arbeitsmarkterfolge erzielen zu können. Innerhalb einer Währungsunion, die mit fairen Umtauschkursen startet, ist die Idee, seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern (was immer nur zulasten eines anderen geht), nicht zielführend, da dies das Scheitern der Union in sich trägt (durch das Ruinieren der Partner). Die Idee ist immer nur dann sinnvoll, wenn ein Land dauerhafte Außenhandelsdefizite hat und entsprechend irgendwer sonst in der Welt Überschüsse. Sobald Leistungsbilanzen ungefähr ausgeglichen sind, also in einem 1-2%-Band nach oben und unten schwanken, ist eine Veränderung der Wettbewerbsposition eines Landes unnötig. Denn die Überschüsse des einen sind die Schulden (mit all den Folgeproblemen) des anderen. Was volkswirtschaftlich Sinn ergibt, widerspricht aber der einzelwirtschaftlichen Unternehmersicht, nach der das Erringen von Wettbewerbsvorsprüngen immer richtig ist.

3 Nominale Lohnstückkosten in Europa



4 Außenhandelsalden in Europa (Exporte minus Importe)



mit denen die nationalen Währungen zu Beginn der Währungsunion in Euro umgerechnet wurden, orientierten sich dabei an der Kaufkraft der Länder: Der Warenkorb in einem Land war so teuer wie der entsprechende im anderen Land. Die unterschiedliche Wirtschaftskraft der Länder drückt sich darin aus, dass man im ärmeren Land für den gleichen Warenkorb länger arbeiten muss als im reicheren, weil das ärmere weniger produktiv ist.

Hand in Hand mit einer gemeinsamen Währung ging ein einheitliches Inflationsziel, für die Euro-Zone übernahm man das deutsche nationale Inflationsziel: Knapp 2% pro Jahr sollte

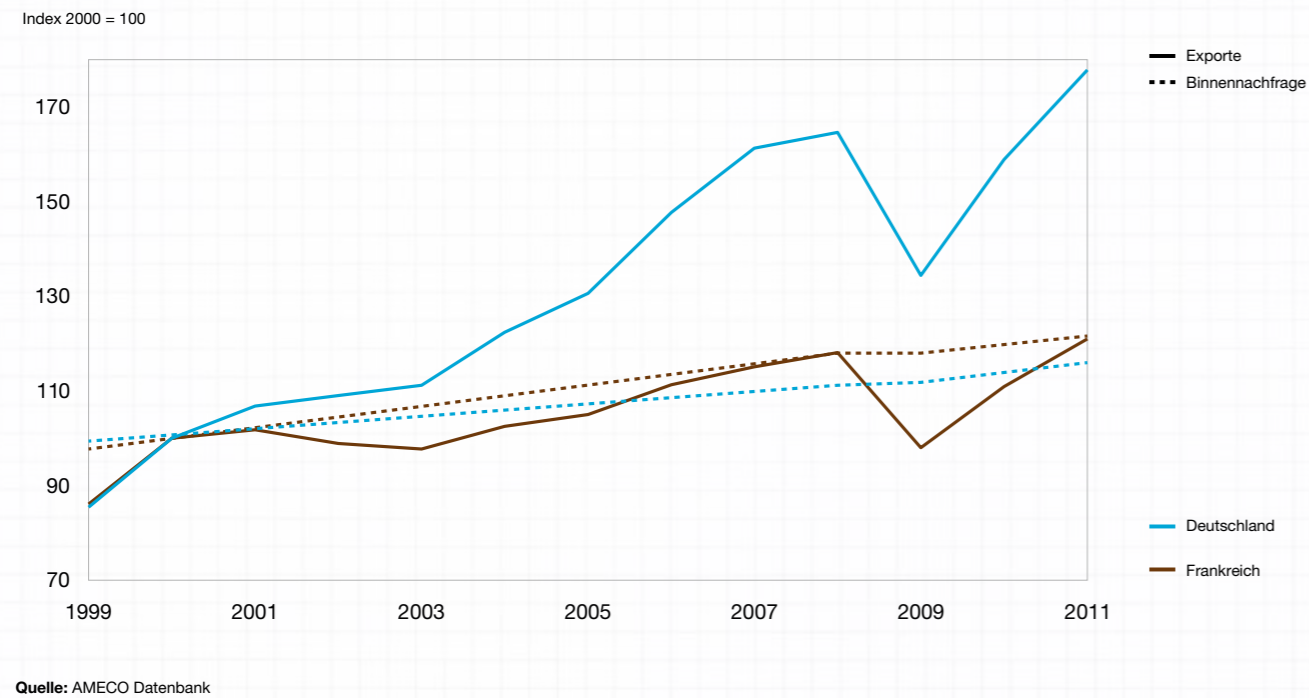
die Inflationsrate, also die Preissteigerung in jedem Land, betragen. Wovon hängt die Inflation ab? Entscheidend dafür sind im Wesentlichen die Lohnstückkosten (die Kosten eines Produkts, die aus dem Verhältnis der Löhne zur Produktivität entstehen; das Maß für die Wettbewerbsfähigkeit); dieser enge Zusammenhang zeigt sich in den langjährigen Betrachtungen für jeden Staat (siehe Grafik 1). Ein Zusammenhang zwischen Staatsschulden und Inflation besteht indes nicht. Das Inflationsziel der EWU bedeutete also in der Praxis, dass die nationalen Löhne um 2% mehr als die jeweilige nationale Produktivität steigen sollten –

ein Produkt, das 1999 überall das gleiche gekostet hat, sollte dies heute ebenfalls tun. Die Europäische Zentralbank hat sich für das Erreichen dieses Inflationsziels über die Jahre gefeiert – der EWU-Durchschnitt sieht gut aus.

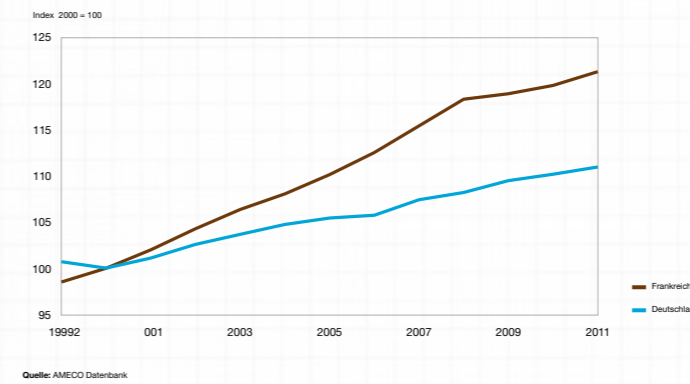
Allerdings: Es handelt sich dabei nur um einen unechten Durchschnitt (siehe Grafiken 2 und 3). Denn die Inflation/Lohnstückkosten in der EWU haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Während Südeuropa deutlich über dem Inflationsziel liegt (aufgrund relativ stark gestiegener Löhne) und damit in der Tat stärker als vereinbart über seine Produktivität („Verhältnisse“)

lebt, gibt es einen noch etwas größeren Abweichler oder „Sünder“: Deutschland (und ebenso beispielsweise Österreich). Hier wurde deutlich unter den eigenen Verhältnissen gelebt, da die Löhne deutlich geringer stiegen als sie es eigentlich hätten tun „müssen“. Ob nun nach oben oder unten vom Inflationsziel abgewichen wird, ist dabei für die Sache egal. Dieses Auseinanderlaufen der Inflation/Lohnstückkosten hat drastische Auswirkungen: Über die letzten zehn Jahre hat sich damit die Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Währungsunion immer mehr verschoben – zugunsten Deutschlands, aber zulasten Südeuropas und leider ebenso zulasten Frank-

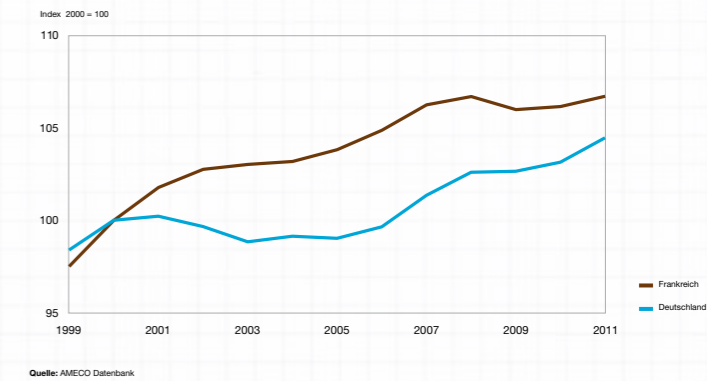
5.1 Export und Binnennachfrage in Deutschland und Frankreich



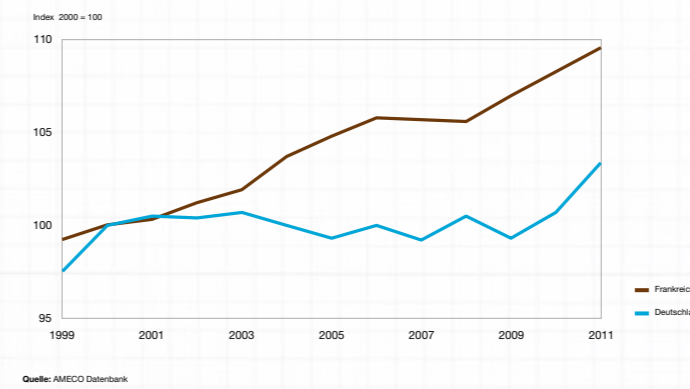
5.2 BIP in Deutschland und Frankreich



5.3 Beschäftigung in Deutschland und Frankreich



5.4 Reallöhne in Deutschland und Frankreich

**Exkurs: realwirtschaftliche Folgen**

Wenn Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten seiner Partner steigert, dann heißt das konkret, dass deutsche Unternehmen ihre Marktanteile ausbauen und Unternehmen in Frankreich und den südeuropäischen Ländern Marktanteile verlieren. Ob letztere Unternehmen nur schrumpfen oder vom Markt verschwinden – die Probleme entstehen dem Staat, in dem diese Unternehmen sich befinden; im Korsett der Währungsunion werden dem Staat seine Unternehmen quasi gestohlen, die Arbeitsplätze wandern nach Deutschland. In Frankreich und Südeuropa steigen dann die Arbeitslosigkeit und damit staatliche Ausgaben etwa für Sozialleistungen. Gleichzeitig gibt es weniger Wertschöpfung und eine zurückgehende Kaufkraft und damit eine geringere Nachfrage nach Gütern. Dies wiederum wirkt sich negativ auf die Staatseinnahmen aus. Dadurch wird eine langsame Abwärtsspirale in Gang gesetzt.

reichs, das sich an das gemeinsame Inflationsziel exakt gehalten hat. Ein Produkt, das 1999 überall in Europa 100 Euro gekostet hat, kostet heute in Südeuropa etwa 133, in Frankreich 122 und in Deutschland 110 Euro. Das erzeugt einen Zugewinn an Marktanteilen für Deutschland auf Kosten der Partner in der Währungsunion, was sich in den Handels- und damit Leistungsbilanzen niederschlägt (siehe Grafik 4). Insbesondere in der jahrzehntelangen Perspektive zeigt sich, wie stark die Handelsungleichgewichte seit der Euro-Einführung zugenommen haben. Während Südeuropa und Frankreich immer weiter in ein Defizit gerutscht sind, also weniger exportieren als importieren, ist der Export in Deutschland förmlich explodiert.

Wie kam es in Deutschland zu dieser schwachen Entwicklung der Lohnstückkosten? Maßgeblich waren die jahrelangen moderaten Lohnabschlüsse. Um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu steigern, wurde vor allem ein Lohnreduktions-

wettlauf in Gang gesetzt. Der Niedriglohnsektor und die Agenda 2010 sind die sichtbarsten Folgen. Mit dem Ergebnis, dass die Nettoerwerbseinkommen heute real unter denen von 2000 liegen (siehe Grafik 9). Argumentiert wurde, dass durch Lohnverzicht Arbeitsplätze geschaffen würden, da Arbeit ja billiger würde. Die daniederliegende Binnennachfrage zeigt aber, dass der Lohnverzicht nicht durch ein mehr an Lohnempfängern ausgeglichen wurde; das vermeintliche Jobwunder findet lediglich durch den Export und im Niedriglohnsektor statt, das Land bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Der Vergleich mit Frankreich, das im Rahmen der EWU alles richtig gemacht hat, macht das deutlich (siehe Grafiken 5.1 bis 5.4): In Frankreich haben sich Export und Binnennachfrage parallel entwickelt – in Deutschland laufen diese weit auseinander; Frankreich hatte ein deutlich stärkeres Wirtschaftswachstum zu verzeichnen sowie einen deutlich stärkeren Anstieg der Reallöhne und

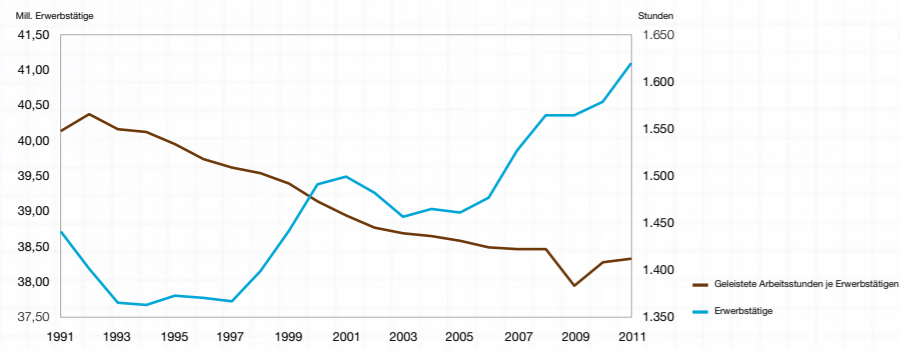
der Beschäftigung. Lohnzurückhaltung für mehr Wachstum und Beschäftigung, diese Gleichung ist nicht aufgegangen. Was durch Lohnzurückhaltung an Wachstum generiert wurde, ist allein exportbedingt. Eine parallel steigende Binnennachfrage konnte sich nicht entwickeln, folglich wächst und wächst der deutsche Außenhandelsüberschuss und damit die Menge an Gütern, die dem Ausland auf Pump geliefert wird. Welthandel ist immer ein Nullsummenspiel: Wenn der eine einen Überschuss macht, fährt der andere ein Defizit ein und verschuldet sich entsprechend. Dabei handelt es sich nicht (nur) um Staatsschulden, sondern um die volkswirtschaftlichen Gesamtschulden.

Deutschland hat vor der Währungsunion immer wieder versucht, sich über Lohnsenkungen im internationalen Handel Wettbewerbsvorteile zu erkämpfen. Das hat nicht funktioniert, weil die Devisenmärkte irgendwann reagierten: Die D-Mark wertete auf, deutsche Waren wurden teurer und der Preisvor-

teil war dahin. Der historisch einmalige Fall einer Währungsunion hat es aber ermöglicht, dass die deutschen Löhne sinken konnten und sich dadurch die Wettbewerbsfähigkeit erhöhte, ohne dass dies groß auffiel, weil die durchschnittlichen Lohnstückkosten im *gesamten* Euro-Raum sich wie vereinbart entwickelten und die Leistungsbilanz des *gesamten* EWU-Raumes gegenüber dem Rest der Welt ungefähr ausgeglichen blieb. Die Devisenmärkte hatten also keinen Anlass zu reagieren. Den europäischen Partnern wurde zugesichert, man würde sich an das gemeinsame Inflationsziel halten, tatsächlich hat Deutschland den Lohnerhöhungsspielraum im Rahmen des 2%-Inflationsziels aber nicht genutzt, um die Menschen am wirtschaftlichen Fortschritt zu beteiligen (siehe Grafiken 11.1 und 11.2), sondern um seine Partner niederzukonkurrieren.

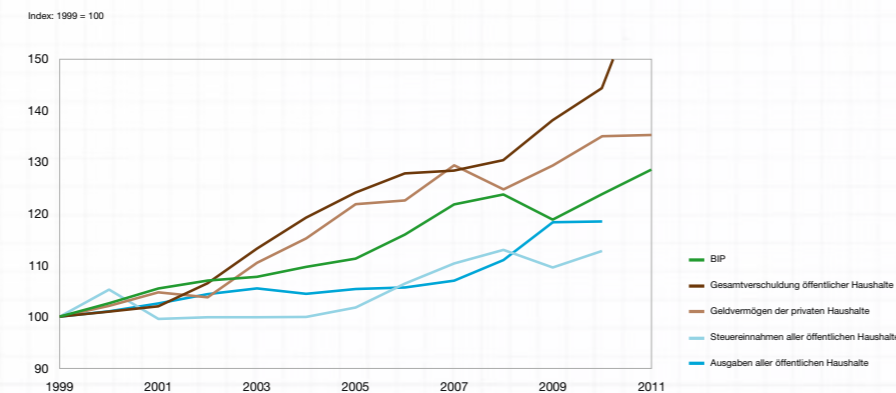
Besagte Partner, Südeuropa, das über seine Verhältnisse lebte, aber auch Frankreich, das sich vorbildlich an das verein-

6 Erwerbstätige im Inland und geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen in Deutschland



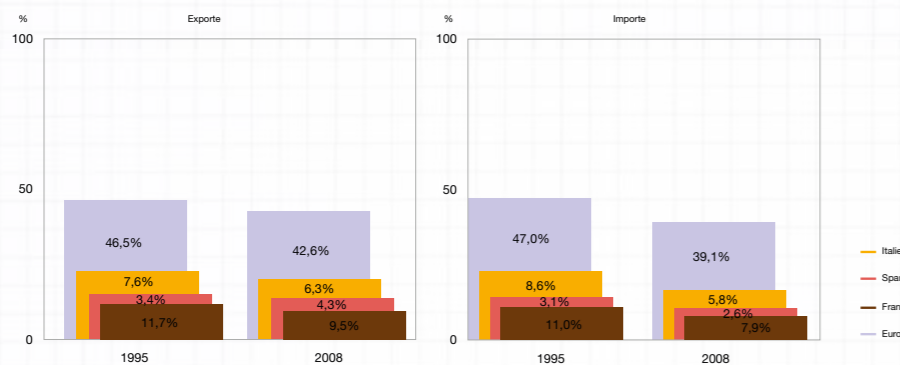
Quelle: DESTATIS, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung

7 BIP, Staatsverschuldung, private Vermögen, Steuereinnahmen in Deutschland



Quelle: DESTATIS, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung

8 Importe/Exporte Deutschlands in die Euro-Zone

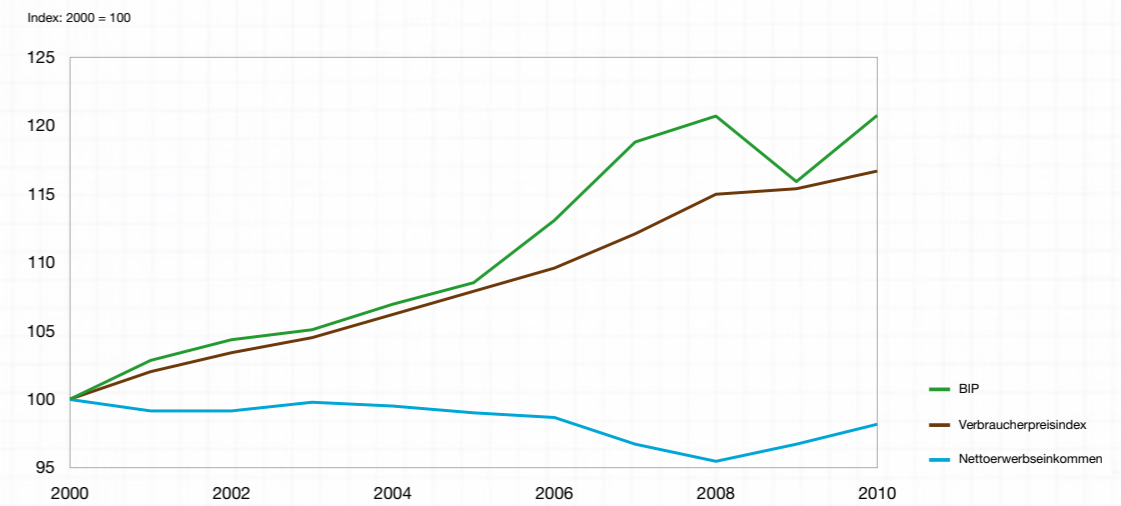


Quelle: DESTATIS, „Export, Import, Globalisierung Deutscher Außenhandel und Welthandel, 1990 bis 2008

barte Inflationsziel gehalten hat, sind immer weniger konkurrenzfähig und häufen einen immer größeren Schuldenberg gegenüber den Exportnationen auf. Eine der Fragen, die man sich in Deutschland stellen müsste, ist: Wie können diese Auslandsschulden überhaupt zurückbezahlt werden? Dazu müsste man, dies reine Logik, diesen Ländern die Möglichkeit einräumen, im Export wieder Anteile zu gewinnen und Überschüsse zu erwirtschaften. Doch das fortgesetzte deutsche Lohndumping lässt ihnen gar keine Möglichkeit. Denn wenn die Defizitländer Überschüsse machen sollen, muss jemand anderes ein Defizit machen. Deutschland etwa mehr importieren als exportieren? Unvorstellbar. Aber wenn die Länder keine Chance erhalten, ihre volkswirtschaftlichen Schulden zurückzuzahlen, heißt das de facto, dass ihnen

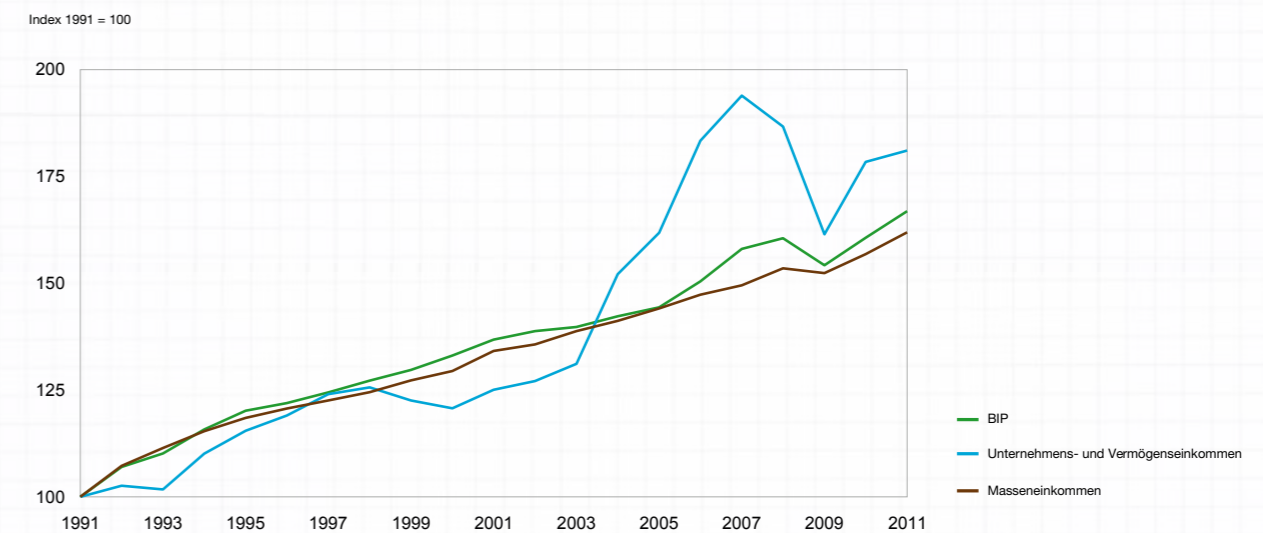
diese geschenkt werden. Darauf läuft das deutsche Wirtschaftsmodell derzeit hinaus – dass man nichts von dem, was man sich durch das Gürtel enger Schnallen erspart hat, wiedersieht. Führt man diese Entwicklung gedanklich auf die Spitze, dann würde Deutschland Frankreich letztlich von allen Märkten vertrieben haben. Aber dann sind immer noch über 60 Millionen Franzosen da, denen man dann das Geld geben müsste, damit sie deutsche Waren bezahlen können, weil sie selbst nichts mehr produzieren. Aktuell versucht die deutsche Politik, dieses ihr Wirtschaftsmodell in ganz Europa zu implementieren. Also sparen und einen engeren Gürtel für alle. Wem ist aber mit einer Lohnabwärtsspirale, die damit in Gang gesetzt wird, gedient? Der angehäuften Wettbewerbsnachteil innerhalb der EWU gegenüber Deutschland

9 BIP, Nettoerwerbseinkommen und Verbraucherpreise in Deutschland



Quelle: DESTATIS, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung

10 Masseneinkommen, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland

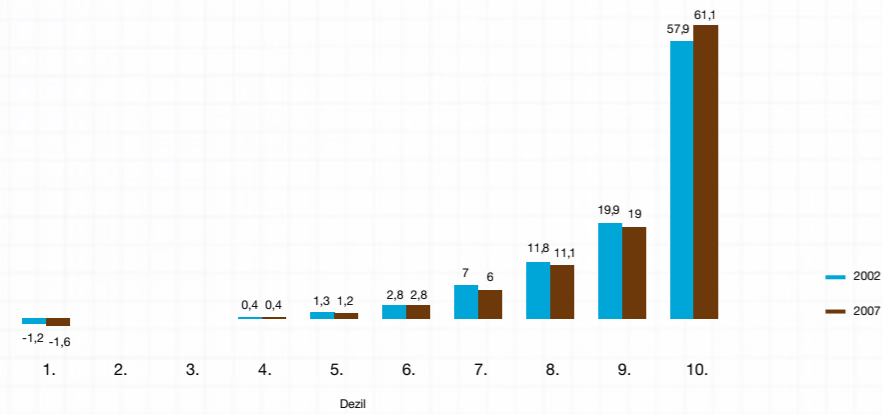


Quelle: DESTATIS, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung

lässt sich dadurch nicht ausgleichen, denn Deutschland macht ja weiter wie bisher. Gleichzeitig würgt man die Binnennachfrage ab – siehe die Entwicklung in Deutschland. Und versucht es die Euro-Zone als Ganzes mit Lohndumping, wird der Euro aufwerten und die angestrebte Exportsteigerung verpuffen. Wenn alle versuchen, ihre Lohnstückkosten zu senken, gleicht das einem Wettrennen zur Müllkippe, sprich in die Deflation – ein Teufelskreis, aus dem Japan bereits seit zwei Jahrzehnten nicht herauskommt. Wenn insbesondere Südeuropa keine Chance erhält, nachhaltig wieder auf die Beine zu kommen und vor allem Deutschland nicht einsieht, dass es in noch stärkerem Maße gegen das Inflationsziel der EWU verstoßen hat und es seinen Kurs nicht korrigiert, dann ist die Währungsunion existenziell bedroht. Sollte die

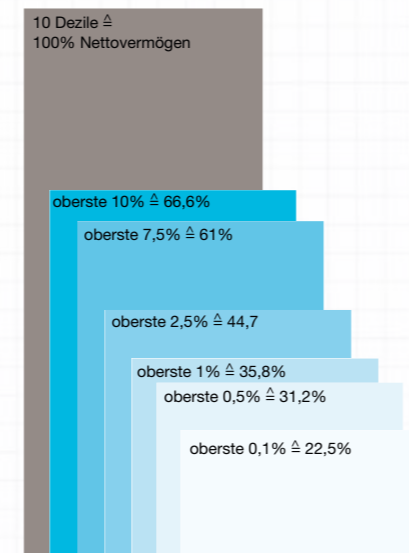
Euro-Zone tatsächlich zerbrechen, ist zumindest eines absehbar: Die südeuropäischen Länder werden ihre neuen Währungen massiv abwerten und die Rest-Währung um Deutschland herum wird aufwerten. Dann ist nicht nur der deutsche Export über Nacht weg (siehe Grafik 8), es gibt gleichzeitig auch keine Binnennachfrage, die etwas auffangen kann. Bei dieser nicht unwahrscheinlichen ökonomischen Katastrophe in Europa lassen sich die sozialen und politischen Folgen kaum abschätzen. Das letzte Jahrhundert bietet allerdings reichlich Anschauungsmaterial. Ein Ausweg aus der aktuellen Sackgasse kann nur sein, die Schiefelage in der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der EWU wieder zu korrigieren, ohne in eine deflationäre Sackgasse zu geraten. Das verlangt vor allem in Deutschland ein Umdenken und

11.1 Individuelles Nettovermögen in Deutschland in % nach Dezilen, 2002 und 2007



Quelle: SOEP, Berechnungen des DIW Berlin

11.2 Vermögensverteilung innerhalb des 10. Dezils, 2007



eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung, an der man selbst großen Anteil hat. Ein Vorschlag, den Heiner Flassbeck, Direktor der Abteilung für Globalisierung und Entwicklungsstrategien bei der UNCTAD, zusammen mit der Volkswirtin Friederike Spiecker dazu erarbeitet hat, sieht vor, dass in Deutschland die Löhne über einen sehr langen Zeitraum kontinuierlich deutlich stärker steigen müssten als das Inflationsziel vorgibt. Gleichzeitig müssten in Südeuropa die Löhne jedoch ebenfalls steigen, wenn auch nur leicht, um nicht in eine Deflation zu rutschen. Legte man dieses Angleichen der Lohnstückkosten auf zehn Jahre an, so würden in diesem Zeitraum die deutschen Unternehmen sogar noch weiter Marktanteile gewinnen, während es gleichzeitig eine deutliche Binnenmarktbelebung gäbe, die Südeuropa wenigstens eine Chance einräumte. Und erst, setzte man diesen Anpassungsprozess für weitere zehn Jahre fort, könnten die Südeuropäer wieder Marktanteile zurückgewinnen. Das Problem in der Euro-Zone wächst seit zehn Jahren vor sich hin, eine kurzfristige Lösung gibt es nicht.

Schaut man sich jedoch das gesellschaftliche Klima in Deutschland an und vor allem auch die Ideologien in Politik und Medien, scheinen starke Lohnerhöhungen völlig unrealistisch zu sein. Auch an Aufklärung und Einsicht mangelt es: Eine Umfrage unter regionalen Politikern, Volkswirtschaftlern und Unternehmern bestätigt fast durch die Bank weg, dass die skizzierten Zusammenhänge und Fehlentwicklungen in der Euro-Zone überhaupt nicht erkannt werden. Aber es bestehen immer Möglichkeiten. Es war massiver politischer Druck, der den Flächentarifvertrag aufgelöst, den Niedriglohnsektor („Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“) ausgebaut und enormen Druck auf Gewerkschaften ausgeübt hat. Das geht auch andersrum – die ordnungspolitischen Instrumente gibt es, wenn denn der Wille da wäre. Der allerdings setzt Erkenntnis voraus. Das Problem der deutschen Handelsbilanzüberschüsse wird jedenfalls international seit Jahren intensiv diskutiert. Nur in Deutschland sucht man fast vergebens nach (selbst)kritischen Perspektiven. Dabei tickt die Uhr auch hier. □